

Bericht aus Berlin

November 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

es sind außergewöhnliche Zeiten. In den USA stellt Trump immer mehr Personalien seiner zukünftigen Regierung vor und weitere Vorhaben nehmen Gestalt an.

Ich werde mich nicht in den Reigen der Kritiker und Schwarzmalerei einreihen. Klar ist: Donald

Trump wurde mit großer Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner (wieder-)gewählt und wir werden auch mit dieser neuen Regierung partnerschaftlich zusammenarbeiten. Und dies trotz der aktuell noch viele Unberechenbarkeiten, die es zweifelsohne gibt.

Nicht nur deswegen bin ich froh, dass wir den Termin für Neuwahlen nun auf den 23. Februar 2025 festgelegt haben. Jede weitere Woche, in der die Bundesrepublik von dieser Minderheitsregierung angeführt wird, ist eine verlorene Woche für unser Land. Ich hätte mir frühere Wahlen gewünscht, aber Kompromisse gehören in einer funktionierenden Demokratie dazu. Nach den Wahlen muss es dann schnell gehen mit einer Regierungsfindung, damit in unserem Land so dringend nötige Reformen zügig umgesetzt werden können.

Ihr

Alexander Föhr



Neuwahlen am 23. Februar 2025

Zeit für einen Politikwechsel

Wer am Mittwoch die Regierungserklärung von Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz geschaut hat, wird sich wahrscheinlich ähnlich wie ich verwundert die Augen gerieben haben. Manchmal frage ich mich, in welcher Realität Olaf Scholz eigentlich lebt.

Scholz erhob in seiner Rede den Anspruch, bis zur vorgezogenen Neuwahl im Februar noch folgenreiche politische Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Unser Kanzlerkandidat Friedrich Merz nannte diesen Anspruch zu Recht inakzeptabel, denn Scholz simuliert eine Mehrheit, die er schlicht und einfach nicht mehr hat. Die Abgeordneten von CDU und CSU können nicht die Auswechselspieler für die auseinandergebrochene Regierung sein.

Zum Glück ist das Ende nun absehbar. Scholz wird die Abgeordneten am 16. Dezember um das Vertrauen bitten – im Wissen, dass er keine Mehrheit erhält. Dann können die vorgezogenen Neuwahlen am 23. Februar stattfinden. Ich muss sagen: Endlich! Wir brauchen dringend einen Politikwechsel in Deutschland. Unser Land braucht eine grundlegend andere Politik, vor allem in der Migrationspolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Wirtschaftspolitik. Die Union ist vorbereitet und hat die erforderlichen Konzepte erstellt. Zu den Hauptaufgaben gehört die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, eine technologieoffene Energie- und Verkehrspolitik sowie die deutliche Verringerung bürokratischer Auflagen für die Unternehmen. Gleichzeitig müssen die Bürgerinnen und Bürger bei den Steuern und Sozialabgaben entlastet werden und das unsägliche Bürgergeld muss in seiner derzeitigen Form dringend reformiert werden.

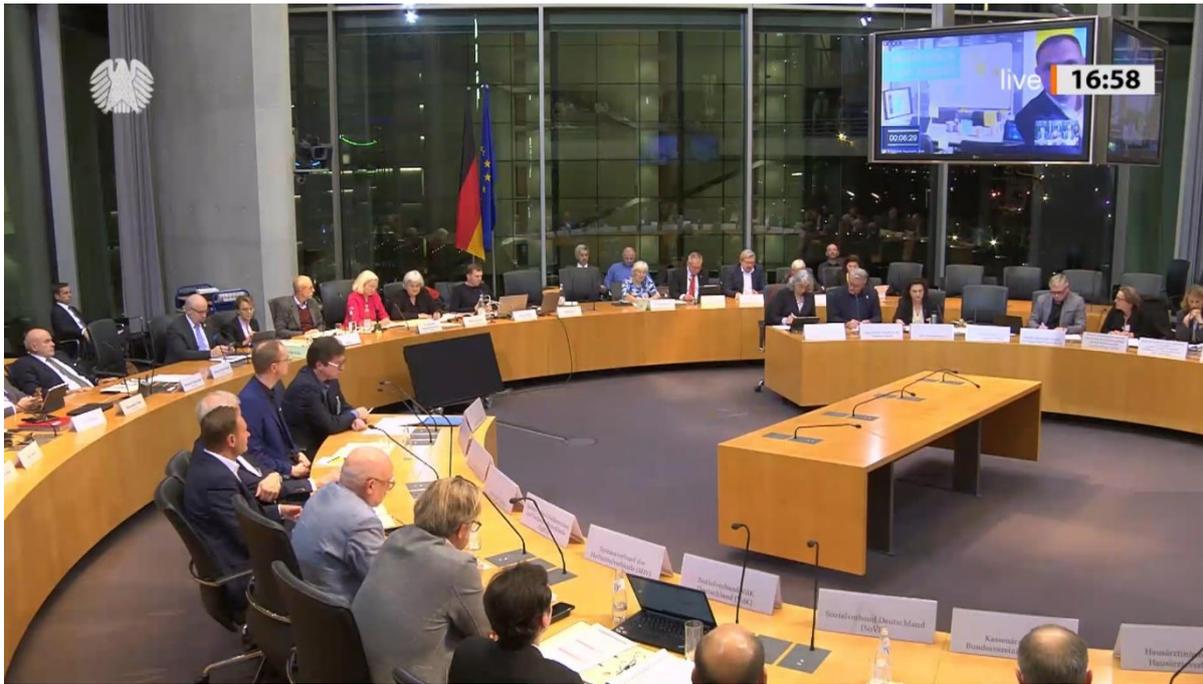
Bei allem, was nun kommt, ist aber klar: Der jetzige Bundestag bleibt bis zum Zusammentritt des neu gewählten Bundestags handlungsfähig. Sollten also wichtige und unaufschiebbare Entscheidungen anstehen, können die Abgeordneten der aktuellen Legislaturperiode noch abstimmen.



Florierenden Schwarzmarkt stoppen

Cannabis-Legalisierung aufheben

Manche Themen sollten trotz Ampelbruchs auf die Agenda gesetzt werden. In dieser Woche haben wir in einer von uns beantragten Aktuellen Stunde gefordert: „Negative Auswirkungen auf die Innere Sicherheit ernst nehmen – Cannabis-Legalisierung aufheben“. Mit der Teillegalisierung von Cannabis hat die Ampel-Bundesregierung ein Konjunkturprogramm für den Schwarzmarkt und für kriminelle Banden gestartet. Die sogenannte „Trendwende in der Drogenpolitik“ hat in der Praxis genau das Gegenteil bewirkt: Der Schwarzmarkt floriert, kriminelle Banden expandieren, der Konsum hat zugenommen. Eigenanbau und die wenigen genehmigten Anbauvereine können den Konsum bei Weitem nicht decken. Die negativen Auswirkungen dieser verfehlten Drogenpolitik für die Innere Sicherheit sind vielfältig: Polizeiliche Kontrollen laufen ins Leere, da Dealer sich an die neuen, großzügigen Freimengen für den „Eigenbedarf“ halten und ihre Aktivitäten so legal wirken lassen. Der Polizei sind die Hände gebunden. Die organisierte Kriminalität ist in diesen neuen, noch lukrativeren Markt mit Druck eingestiegen. Sie agiert immer brutaler, um Marktanteile zu sichern und Revierkämpfe zu gewinnen. Währenddessen nutzen windige Telemediziner die neuen Regeln, um Cannabis ohne echte Indikation zu verschreiben, mitunter nur auf Basis eines ausgefüllten Fragebogens. Diese Fehlentwicklungen zeigen: Die Ampel-Bundesregierung hat nicht nur die negativen gesundheitlichen Folgen gerade für Jugendliche und Heranwachsende in unverantwortlicher Weise vernachlässigt, sondern es auch versäumt, die nachteiligen rechtlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen ihrer Gesetzgebung zu bedenken. Die Cannabis-Teillegalisierung ist damit ein riesiges Konjunkturprogramm für die Organisierte Kriminalität. Ein nachhaltiges Konzept zur Bekämpfung des Schwarzmarktes und zur Durchsetzung der neuen Regeln gerade zur Verhinderung des Konsums durch Jugendliche und junge Erwachsene bleibt aus – zum Schaden der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, der Inneren Sicherheit und des Rechtsstaats. Bild: CDU/Aykhan Guliyev



Versorgung sichern Öffentliche Anhörung zum GVSG

Durch das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) sollte der Hausarztberuf deutlich attraktiver, die ambulante regionale Versorgung gestärkt, die hausärztliche und die ambulante psychotherapeutische Versorgung weiterentwickelt, der Leistungszugang verbessert und die Transparenz erhöht werden. Doch nachdem der Gesetzesentwurf innerhalb der Ampelkoalition mehrere Runden gedreht hatte, wird er seinem Namen kaum noch gerecht. Es ist ein mittlerweile vollkommen entkerntes Gesetz. Aus dem ursprünglichen Referentenentwurf wurden zahlreiche Passagen ersatzlos gestrichen. Bis auf wenige Ansätze ist das Vorhaben nutzlos und bleibt, bspw. in der psychotherapeutischen Versorgung, weit hinter bereits bestehenden Anträgen unserer Unionsfraktion zurück.

Umso wichtiger war es mir, als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion, Experten zum Thema zu hören, die die Auswirkungen des Gesetzesentwurf erläutern und Verbesserungsvorschläge darstellen konnten.

Am Mittwochnachmittag war es dann so weit und es wurde auch noch einmal spannend. Über Nacht legte die Restempfel 18 Änderungsanträge vor. Exemplarisch für die Arbeitsweise der Chaoskoalition. Dass dann noch versucht wurde, die eingeladenen Sachverständigen zu instrumentalisieren, in dem immer wieder nach der Dringlichkeit der Vorhaben gefragt wurde, hat mich wütend gemacht. Drei Jahre hat die Ampel fast nichts zustande gebracht, doch die Anträge der Union immer abgelehnt. Jetzt soll die Union mit ihren Stimmen ausgleichen, wofür die Regierung keine Mehrheit findet. Die ganze Anhörung können Sie [hier](#) anschauen.



BPA-Besucherguppe, Dachterrasse der LV Baden-Württemberg



Heidelberger Gästeführer, Paul-Löbe-Haus



Besuch 10. Klasse der IGH Heidelberg, Reichstag



Besuch des St. Raphael-Gymnasiums Heidelberg



Besuch der Lebenshilfe Heidelberg, Besucherebene Reichstag



Besuch des St. Raphael-Gymnasiums Heidelberg



Besuch der TGU 13 der Carl-Bosch-Schule, Besucherebene Reichstag



Weinhoheiten aus Schriesheim und Hemsbach



Termine im Wahlkreis

Die Doppelsitzungswoche in Berlin geht zu Ende. Ich denke wir werden auch rückblickend sagen können, dass es eine historische Doppelsitzungswoche des Deutschen Bundestages war. Letzte Woche haben wir den endgültigen Bruch einer schon lange nicht mehr geeinten und auch nicht voll handlungsfähigen Regierung miterlebt. Gut, dass dieses Kapitel ein Ende hat. Diese Woche gab der „noch-Kanzler“, der Kanzler ohne Mehrheit im Parlament, eine „Regierungserklärung“ ab. Es war eine Wahlkampfrede – dazu noch eine schwache.

Am Wochenende stehen die nächsten Termine an: Samstag werde ich auf der Meisterfeier der Handwerkskammer in Mannheim sein und am späteren Abend bei den Freunden der CDU Waldbrunn. Am Sonntag treffen Sie mich auf dem Bürgertag in Heddesheim und auf dem Martinszug in meinem Heimatort, Heidelberg-Ziegelhausen.

Ich freue mich, wenn wir uns an einem dieser Termine persönlich begegnen. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen ein schönes Wochenende!

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080